

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
pd@sk.so.ch  
parlament.so.ch

PET 0115/2026 (KR)

**Petition «Aufforderung zur gesetzlichen Verankerung der vollständigen Freiwilligkeit, Gleichbehandlung und Kostenfreiheit der E-ID»**

An: Kantonsrat Solothurn

Wie Ihnen bekannt ist, wurde die Abstimmung zum Gesetz der E-ID vom 28.09.2025 mit 50,39 % nur äusserst knapp angenommen.

Nun wurden am 21.04.2026 vom Bundesgericht in Lausanne die Beschwerden zur E-ID Abstimmung wiederum knapp abgelehnt. Die Abstimmung muss somit nicht wiederholt werden.

Die öffentlich geäusserten Versprechungen und vielfach geäusserten Zusicherungen von nationalen und kantonalen Regierungsmitgliedern, welche auch schriftlich in den E-ID Erläuterungen des Bundesrates zur E-ID Abstimmung am 28.09.2025 festgehalten sind, nämlich zur Freiwilligkeit, Kostenfreiheit und Gleichbehandlung im Zusammenhang mit der elektronischen Identität (E-ID) vor der Abstimmung vom 28.09.2025 haben sicher zum Erfolg des Ja-Lagers beigetragen.

Diese Tatsache, sowie Ihre Verpflichtung als Amtsträger, die Verfassungs- und Datenschutzrechte für den Bürger zu garantieren, fordert, dass nun die Einhaltung der Versprechen, sowohl für die Befürworter wie für die Gegner der Vorlage eingefordert wird.

Das ist nur möglich, indem diese Versprechen vollumfänglich, rechtsverbindlich und dauerhaft in die nationale und kantonale Gesetzgebung aufgenommen werden, wie das auch schon das Initiativkomitee E-ID-Nein vor der Abstimmung forderte (siehe SRF; Abstimmungs-Arena vom 05.09.2025).

Als Schweizer Bürgerinnen und Bürger des Kantons Solothurn erwarten wir von Ihnen als Amtsträger im Kantonsrat, Ständerat und Parlament, dass Sie die Anliegen der Bürger ernst nehmen, indem Sie rechtsverbindliche Handlungsbereitschaft zeigen und die Versprechen gesetzlich verankern.

Das betrifft folgende Punkte:

1. Die vollständige Freiwilligkeit der E-ID-Nutzung ohne monetäre oder andere Nachteile:  
Niemand darf direkt oder indirekt verpflichtet werden, eine E-ID zu besitzen oder zu verwenden – weder bei administrativen Abläufen, in Behörden, bei Staatsverpflichtungen, öffentlichen und privaten Dienstleistungen, digitalen oder analogen Angeboten und Geschäften, bei der Arbeit und bei Freizeitangeboten.
2. Die gesetzliche Verankerung der Gleichbehandlung von Bürgern mit und ohne E-ID.
3. Die gesetzliche Verankerung, dass weder funktionale Nachteile noch zusätzliche bürokratische oder technische Hürden entstehen dürfen.
4. Die gesetzliche Verankerung der vollständigen Kostenfreiheit der E-ID für Ausstellung, Nutzung und Verlängerung, inklusive aller dafür nötigen Mittel.
5. Die gesetzliche Verankerung, dass keine zusätzlichen Gebühren erhoben werden dürfen für Menschen ohne E-ID.
6. Die gesetzliche Verankerung der Transparenz, Zweckbindung und der demokratischen Kontrolle sowie Ahndung von Missbrauch.
7. Die gesetzliche Verankerung, dass die E-ID-Infrastruktur datenschutzkonform, dezentral und unter demokratischer Aufsicht betrieben wird.
8. Die gesetzliche Verankerung der Regierung zu Datenspeicherung, Zugriff, Nutzung und Kontrolle.

Politische Absichtserklärungen haben keine rechtliche Bindung. Daher fordern wir, dass alle bisherigen öffentlichen und schriftlichen Versprechen und Zusicherungen zur E-ID durch explizite gesetzliche Regelungen abgesichert werden, insbesondere im Rahmen des Datenschutzes, des Verwaltungs- und des E-ID-Gesetzes.

Rechtsgrundlagen:

1. Gemäss Bundes- und Kantonsverfassung über die Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit und dem Schutz der Privatsphäre und informationellen Selbstbestimmung.
2. Gesetz über die Information und den Datenschutz zur Rechtsmässigkeit der Datenbearbeitung, die Grundsätze der Datenbearbeitung und der Rechte der betroffenen Menschen.

Die Verfassungs- und Datenschutzrechte bilden die rechtliche Grundlage, auf der die politischen Versprechen umgesetzt werden. Nur Sie als gewählte Kantons- und Ständeräte und Parlamentarier haben zwecks Ihres Amtes dazu die Möglichkeit und die Pflicht, die Forderungen der Bürger umzusetzen.

Daher ersuchen wir Sie um die zeitnahe schriftliche Stellungnahme und fordern Sie hiermit auf, umgehend den rechtlichen Prozess einzuleiten, um die oben genannten Punkte vollumfänglich im kantonalen Recht zu verankern.

Besorgte Bürger des Kantons Solothurn danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Bearbeitung.

*Begründung 16.06.2026: schriftlich.*

*Unterschriften: 1. Patrizia Derungs (total 8 Unterschriften).*